

ver.di OV Schaumburg

Bundestagswahlen 2021: Fragen an Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlkreis 40 Nienburg II-Schaumburg

Die Antworten von Maik Beermann

1) Jede*r 10. erreicht nicht das Rentenalter! Wie stehen Sie zur Erhöhung des Renteneintrittsalters und der Sicherung des Rentenniveaus?

Maik Beermann: Die beste Rentenpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Denn je mehr Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten, desto besser ist es für die Rente. Das haben die letzten zehn Jahre gezeigt, die im ganzen Land zu deutlichen Rentensteigerungen geführt haben. Eine erneute Erhöhung des Renteneintrittsalters steht für mich daher nicht zur Diskussion.

2) Wie wollen Sie Altersarmut infolge prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Mindestlohn) im Hinblick auf dadurch sinkende Rentenansprüche verhindern?

Maik Beermann: Den Mindestlohn als „prekäres Beschäftigungsverhältnis“ zu bezeichnen, geht völlig am Thema vorbei. Durch den Mindestlohn haben viele Menschen eine Erhöhung ihres Lohnes erfahren und damit gestiegene Rentenansprüche. Altersarmut trifft besonders Frauen, Selbstständige, Langzeitarbeitslose, Menschen mit fehlender Ausbildung oder die schon in jungen Jahren krank geworden sind. Für Letztere haben wir bereits mehrfach die Ansprüche bei der Erwerbsminderungsrente erhöht. Menschen mit fehlender Ausbildung helfen wir durch die Unterstützung bei der Nachqualifizierung, beim Nachholen von Abschlüssen. Aber wir setzen auch schon viel früher an: Wir haben Jugendberufsagenturen eingeführt, unterstützen durch Berufsausbildungsförderung, durch BAföG, durch das Vermittlungsbudget. Um Langzeitarbeitslosen den Weg zurück in die Beschäftigung zu erleichtern, haben wir das Teilhabechancengesetz auf den Weg gebracht. Und um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, werden wir jetzt eine gründerfreundlich ausgestattete Altersvorsorgepflicht einführen. Frauen haben wir nicht nur durch eine Erhöhung der Mütterrente gestärkt, sondern ermöglichen durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch eine konstantere Berufstätigkeit. Mit der Grundrente honorieren wir die Lebensleistung von Menschen, die jahrelang gearbeitet haben, aber dennoch zu niedriger Rente daraus beziehen. Mit dem Freibetrag in der betrieblichen Altersversorgung entlasten wir die Betriebsrentner ab Januar 2020 und steigern die Attraktivität, betrieblich vorzusorgen.

3) Wie stehen Sie zum trassennahen Ausbau der ICE-Strecke Hannover - Bielefeld?

Maik Beermann: Wenn wir nachhaltiger Reisen wollen, ist eine Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur unerlässlich um zu zeigen: Du musst nicht in den Flieger steigen, die Bahn ist bequemer und dabei fast genauso schnell. Dafür ist es in der Tat notwendig, die Bahntrasse durchs Schaumburger Land zu verbessern. Ich stehe dabei zum trassennahen Ausbau. Ich habe mich bereits 2016, als der Bundesverkehrswegeplan 2030 im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, dafür eingesetzt, dass überhaupt die Möglichkeit eines trassennahen Ausbaus im Schaumburger Land in das Gesetz einfließt, denn im ursprünglichen Entwurf war ausschließlich von einem „Neubau“ die Rede. Erst durch mein Einwirken wurde im Gesetz der „Neu- und/oder Ausbau“ ermöglicht.

Wollen Sie eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahnstrecke Hannover - Löhne mit den Folgen für die Infrastruktur?

Maik Beermann: Im Rahmen der Bekämpfung des Klimawandels ist es von entscheidender Bedeutung den Warenverkehr möglichst klimaneutral zu gestalten. Dem Ausbau des Güterverkehrs

auf der Schiene kommt hier eine wichtige Rolle zu. Waren, die einen Großteil der Strecke auf der Schiene zurücklegen weisen einen deutlich geringeren ökologischen Fußabdruck auf, als Waren, die mit dem LKW gefahren werden müssen. Zudem schont die Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene die Straßen und senkt damit den Sanierungsintervall. Entsprechend halte ich die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahnstrecke Hannover-Löhne für sinnvoll. Wichtig ist hierbei, dass die Lärmbelästigung der Bürgerinnen und Bürger im Schaumburger Land auf ein absolutes Minimum reduziert wird. In diesem Bereich stehe ich seit geraumer Zeit im steten Austausch mit den zuständigen Kollegen im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Adäquater Lärmschutz an der Bahntrasse, ebenso wie die Verwendung von geräuscharmen Flüsterbremsen und bei Bedarf individueller Lärmdämmung der anliegenden Gebäude sind hier essentiell.

4) Gleiche Arbeit, gleiches Geld! Wie stehen Sie dazu?

Maik Beermann: Dieser Aussage stimme ich grundsätzlich zu. Mit dem Entgelttransparenzgesetz habe ich genau dieses Thema daher 2017 mitbeschlossen. Es ermöglicht in mittelgroßen und großen Betrieben die Kriterien der Lohnzahlung zu erfahren, um so Ungleichbehandlung aufzudecken. In Tariflohnsektoren gibt es de facto keine Ungleichbehandlung bei gleicher Arbeit. In tarifungebundenen Unternehmen jedoch, wo Gehälter verhandelt werden, kann es jedoch dazu kommen – dass unabhängig vom Geschlecht – zwei Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich entlohnt werden. Das Thema ist aber deutlich vielschichtiger, als einfach die Geschäftsführung hierzu zu kritisieren. Bei gleicher Arbeit können zwei Menschen trotzdem deutlich unterschiedliche Leistungen erbringen. Was als „gleiche Arbeit“ bewertet werden kann, ist besonders in kleinen Unternehmen schwierig dazustellen, weil einige Mitarbeiter häufig die einzigen mit einer bestimmten Fähigkeit sind, auch wenn der größte Teil der Arbeit identisch aussehen mag. Wir werden die Wirkung des Entgelttransparenzgesetzes daher evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten.

5) Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestlohn und welche Höhe sollte er aus Ihrer Sicht haben?

Maik Beermann: Ich stehe zum Mindestlohn. Es ist aber nicht primär Sache des Staates, Löhne festzulegen. Wir haben mit dem Mindestlohngesetz die Festlegung der Mindestlohnhöhe bewusst einer unabhängigen Kommission anvertraut, um einen politischen Überbietungswettbewerb, z.B. in Wahlkämpfen, zu verhindern. Einen politischen Mindestlohn lehne ich daher ab und werde auch keine Zahl nennen. Das ist unlauter und spielt gezielt mit den Hoffnungen der Menschen im Mindestlohnsektor.

Eine staatliche Mindestlohnfestsetzung unter Umgehung der sozialpartnerschaftlichen Mindestlohnkommission, wie von SPD und Linken befürwortet, dient zudem nicht einer stärkeren Tarifbindung, sondern im Gegenteil; sozialpartnerschaftliches wird durch staatliches Handeln ersetzt. Warum also noch in eine Gewerkschaft wie ver.di eintreten, wenn wesentliche Lohnbedingungen vom Staat geregelt werden?

6) Wie stehen Sie zu Tarifbindung und dass öffentliche Aufträge nur an Tarifgebundene Unternehmen vergeben werden?

Maik Beermann: Je besser die Tarifautonomie funktioniert, desto weniger muss der Staat konkret Arbeitsbedingungen regeln. Das ist gut, denn bei allem guten Willen staatlicher Institutionen sind die Sozialpartner viel dichter dran am betrieblichen Geschehen. Sie können branchenbezogen passgenaue Lösungen entwickeln. Wir haben die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert und insbesondere auf starre Quoren als Voraussetzung für AVE verzichtet und das öffentliche Interesse als Grundlage für AVE gestärkt. Auch im aktuellen Regierungsprogramm

bekennen wir uns zur Stärkung der Tarifbindung. Öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen im Bund zu vergeben würde aus meiner Sicht innerhalb kürzester Zeit wegen Verletzung des Grundgesetzes und europäischer Vergaberegulungen kassiert werden. Die Tarifautonomie würde zum Tarifzwang werden.

7) Wie lässt sich aus Ihrer Sicht eine qualitativ hochwertige Pflege für die Zukunft gewährleisten?

Maik Beermann: Angesichts steigender Zahlen alter und pflegebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedarf es eines solidarischen Miteinanders. Um dieses zu stärken, haben wir die Bezahlung von Pflegekräften verbessert und werden Prävention und Rehabilitation weiter ausbauen. Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt und wird auch in Zukunft von uns stetig weiterentwickelt, um einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos und eine hohe Betreuungs- und Pflegequalität zu gewährleisten. Um mit Blick auf den demografischen Wandel künftig unverhältnismäßig steigenden Beiträgen in der Pflegeversicherung entgegenzuwirken, wollen wir den Pflegevorsorgefonds bis 2050 verlängern. Um pflegende Angehörige zu entlasten, setzen wir uns für eine Dynamisierung des Pflegegeldes ein und befürworten die Einführung einer Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung. Familiäre Pflege muss eine noch gezieltere und flexiblere Unterstützung erfahren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die bisherigen Leistungen für Angebote der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammenzufassen. Prozesse in der Pflege müssen auch digitalisiert werden, damit die Pflegekräfte weniger Zeit mit Papierarbeit sondern mehr Zeit für die Menschen haben.

8) Wie wollen Sie die Umsetzung des Kita-Gesetzes gewährleisten, wenn schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Personallücke besteht?

Maik Beermann: Mein „Nein“ zum Gute-Kita-Gesetz – das gerade als Berichterstatter für die CDU/CDU-Fraktion – hat gezeigt, dass ich mit diesem Gesetz nicht zufrieden war. Leider hat die SPD dafür vehement geworben und sich durchgesetzt, dass die Länder, die Gute-Kita-Bundesmittel auch für Beitragsfreiheit ausgegeben werden dürfen und eben nicht allein in Qualität und in das Personal stecken investiert werden dürfen. Es ist zweifelsohne richtig, dass die dafür originär zuständigen Länder den Beruf attraktiver gestalten müssen – dazu gehört eine Änderung der Ausbildung, Vergütung und Weiterbildungsmöglichkeiten.

9) Wie soll die Energiewende stattfinden und was wird es die Bürger*innen kosten? Welche Entlastungen können Sie sich für sie vorstellen?

Maik Beermann: Klimaschutz gibt es nicht umsonst. Wir haben bereits die moderate schrittweise Erhöhung der CO₂-Bepreisung für Sprit und Heizkosten auf den Weg gebracht. Wir werden die EEG-Umlage abschaffen und die Einnahmen aus dem Emissionshandel über günstigeren Strom an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe zurückgeben. Regenerativer Strom ist der günstigste und das muss endlich bei den Menschen ankommen. Zum Gelingen der Energiewende brauchen wir unter anderem mehr Solar- und Windenergie und müssen hier die Genehmigungsverfahren vereinfachen. Wir werden Energiespeicher aufbauen und Stromleitungen schneller ausbauen, um auch der arbeitsplatzreichen Industrie wettbewerbsfähige Strompreise zu garantieren. Unser Fokus liegt auch auf dem Wasserstoff. Wir wollen, dass Deutschland Wasserstoffland Nr. 1 wird. Insbesondere setzen wir im Bereich der Mobilität und Energiewende auf Technologieoffenheit – unterstützen also Elektromobilität, wie auch Wasserstoff und eFuels – anstelle uns vorab festzulegen. Mit Strom zu tanken ist günstiger als mit Benzin. Photovoltaik ohne Förderung selbst zu nutzen rechnet sich schon heute problemlos. Je weiter wir hier vorankommen, desto deutlicher werden die einsparenden Effekte für alle werden.

10) Wie stehen Sie zu der notwendigen öffentlichen Investitionsoffensive im Zusammenhang mit der Schuldenbremse?

Maik Beermann: Der Deutsche Bundestag hat im Dezember 2020 den Bundeshaushalt 2021 mit einer Nettokreditaufnahme von 179,8 Mrd. Euro beschlossen und dafür die Ausnahme von der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes aktiviert, weil mit der Corona-Pandemie eine "Naturkatastrophe oder außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt", vorliegt. Dem Staat kommt die Rolle zu, die Gesundheit der Menschen zu schützen, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Arbeitsplätze zu erhalten. Ich bekenne mich weiter zur Schuldenbremse. Sie hat in der Krise ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen. Die neue Rekordverschuldung ist lediglich aufgrund der soliden Haushaltsführung der vergangenen Jahre machbar gewesen. Kurzarbeit und Corona-Hilfen im dreistelligen Milliardenbereich konnten so überhaupt erst realisiert werden. Wir wollen so schnell wie möglich wieder ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden erreichen und die gesamtstaatliche Schuldenquote auf unter 60 Prozent reduzieren. Wir werden mit Ende der Corona-Pandemie einen Kassensturz für die öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungen vollziehen. Das mündet in einen Fahrplan für Investitionen in Wachstum, gezielte Entlastungen und ausgeglichene Haushalte. Unsere Überzeugung ist: Nachhaltiges Wachstum schafft neue Spielräume

11) Sollen Vermögen und Unternehmen stärker besteuert werden? Wenn ja, wie?

Maik Beermann: Ich lehne eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Eine Vermögensteuer würde uns alle treffen: Sie würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter belasten und somit das Wohnen für alle verteuern. Sie würde Betriebsvermögen belasten und somit Arbeitsplätze und Investitionen gefährden. Ich will Unternehmen keine neuen Lasten aufbürden, sondern sie stattdessen von bürokratischen Hemmnissen befreien. So garantieren wir den Wachstum, den unsere Volkswirtschaft nach der schweren Zeit der Pandemie benötigt.

12) Wie stehen Sie der Forderung dass der 8. Mai zu einem bundesweiten gesetzlichen Feiertag erhoben wird?

Maik Beermann: Ich lehne sie ab. Die Linkspartei hat in der Vergangenheit wiederholt versucht, den Tag als Feiertag zu etablieren. Für mich ist das Politik von gestern und der Versuch die DDR historisch als Erfolg verstanden zu wissen. Der 8. Mai markiert den endgültigen Untergang Hitlerdeutschlands und damit auch das Ende des Holocaust und das Kriegsende in Europa. Er wird in Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion am 9. Mai als Tag des Sieges begangen, und die USA erinnern an ihn als Victory in Europe Day. Aber für Deutschland und die Deutschen hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker den zentralen Punkt in seiner historischen Rede 1985 formuliert: die Befreiung der Deutschen, Weizsäcker sagte „uns“, von dem „menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Genau an diese verschiedenen Dimensionen erinnern wir am 8. Mai im Deutschen Bundestag und anderen Stellen regelmäßig. Dies reicht der Linkspartei aber nicht. Sie fordert einen weiteren nationalen Gedenktag und verkürzt diesen unzulässig zum „Tag der Befreiung“. In der Weizsäcker-Rede waren es aber zwei integral miteinander verknüpfte Punkte: Befreiung vom „menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Also nicht etwa einfach nur „Befreiung“ und nicht etwa vom „Faschismus“, von dem Linkspartei-Geschichtsinterpreten immer ausschließlich reden, weil sie beschlossen haben, das Wort „Nationalsozialismus“ zu tabuisieren. Aber das war es nun einmal: „nationalsozialistische Gewaltherrschaft“. Die Befreiung war für die Deutschen die Befreiung vom Führerprinzip, vom Herrenrassedenken, vom Glauben an den Endsieg, von Kraft-durch-Freude-Kindheit und Erwachsenwerden in der Hitlerjugend, von Krieg und Treue bis in den Tod, vom Fehlen des Individuums. Damit kommen wir zum Kern des Problems: Wir haben einen nationalen und

internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der von Deutschland aus Europa und die Welt terrorisierte. Es ist der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung der Deutschen von der selbst installierten nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Aber der 8. Mai ist auf keinen Fall ein Tag der Freiheit, nicht für den Osten Deutschlands und erst recht nicht für Osteuropa. Richard von Weizsäcker hat diesen Punkt übrigens auch erwähnt. Diesen Widerspruch kann man nicht einfach auflösen, insbesondere nicht als Deutscher.